

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 60 (1980)
Heft: 4

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommentare

EXPERIMENT HALEN

Wandlungen und Konstanten einer modernen Siedlungsgemeinschaft

In diesen Tagen jährt sich die Eröffnung des ersten Musterhauses der Siedlung Halen am Nordrand von Bern zum 20. Mal. Das Jubiläum gibt Anlass zur Frage, ob sich das «Experiment Halen» bewährt hat, ob die von dem jungen Architektenteam «Atelier 5» damals gehegten Erwartungen sich erfüllt haben. Die Frage kann positiv beantwortet werden: Halen lebt und hat bei allen Wandlungen, die auch im Zusammenleben dieser Siedlung eingetreten sind, seinen Charakter bewahrt.

Die Idee von Halen war, in Anlehnung an die mittelalterliche Stadt eine moderne Wohnstadt zu schaffen, in der jeder Bewohner nicht nur Eigentümer seines ihm allein gehörenden Hauses, sondern zugleich Mitglied einer grösseren Wohngemeinschaft ist, die eine Reihe von Gemeinschaftseinrichtungen in der Form des Miteigentums verwaltet. Der Einzelne profitiert von diesem Zusammenwirken. Er kommt so beispielsweise zu einem Schwimmbad, das er sich allein nie leisten könnte. Er ist an einem Laden und einem Klubraum mitbeteiligt. Er geht mit dem Erwerb eines Hauses und des 79. Teils der auf soviel Häuser aufgeteilten Gemeinschaftsanlagen aber auch Verpflichtungen gegenüber der Gesamtheit ein, die auf dem Mittragen der Lasten basiert.

Die Anlage präsentiert sich dem Besucher, der die Autobahn Zürich-

Westschweiz bei der Ausfahrt Bern/Neubrück verlässt, gleich nachdem er den Bremgartenwald durchfahren hat, schon von der Halenbrücke, die nach dem Waldausgang das tiefeingeschnittene Flusstal der Aare überspannt. Oben im gegenüberliegenden Uferwald zeichnen sich durch die Bäume die Betonwaben der südlichen Siedlungsfront ab. Er folgt der Aarberger Strasse, die sich links den Hang hinaufzieht. Wo sich die Strasse unter den letzten Bäumen wieder grädet, weist der Schild «Siedlung Halen» auf die auf einen grossen Parkplatz vor einem weit geöffneten Garagotor an der Westseite des Häuserkomplexes mündende Einfahrt.

In eine Lichtung im Hangwald eingebettet liegen hier die nüchtern wirkenden Wohneinheiten in Ketten angeordnet. Die Siedlung ist in fünf Blöcke gegliedert. Rechts neben der Einfahrt zieht sich eine erste Häuserreihe hin. Zwischen einem Laubengang, der die Hauseingänge abdeckt, und der Garagewand, über welche die Pflanzen der darüber liegenden Gärten herunterhängen, führt die mit Fahrverbot belegte Strasse wie durch eine Schlucht auf den Dorfplatz. Seine Akzente werden von einem in Glas und Beton konstruierten Gebäude mit Laden, Klublokal und Kindergarten gesetzt. Neben diesem Gemeinschaftshaus führen beidseitig Treppen in den oberen Teil der Siedlung: Zur Linken

der über die Autoeinstellhalle gebaute Komplex, in der Mitte, burgartig aufgetürmt, eine kleinere Häusergruppe im Ausmass des Siedlungszentrums, unter deren Gärten – gleich hinter dem Laden – einige Maisonetten sich verstecken, und rechts wieder eine längere Reihe. Ihr zu Füssen geht die Fortsetzung der Siedlungsstrasse zwischen den unter den Gärten dieser Reihe untergebrachten Gemeinschaftsanlagen (Heizung, Werkstatt, Waschküche) und den Lauben der letzten Häuserkette bis zum östlichen Waldrand. Das Bild wird mit dem gemeinsamen Schwimmbad, Sport- und Spielplätzen vollendet, die den Freiraum zwischen den oberen Häusern und dem die Siedlung nach Norden abdeckenden Waldstück ausnutzen.

Das Halenhaus

Soweit der Eindruck von aussen. Man kann sich indessen erst dann ein zutreffendes Bild von Halen machen, wenn man auch ein Halenhaus von innen gesehen hat. Es sind verschiedene Haustypen zu unterscheiden: Zunächst die beiden Grundtypen des «grossen» und des «kleinen» Hauses, die sich nicht nur durch unterschiedliche Ausmasse, sondern auch durch eine andere innere Gliederung auszeichnen, wobei diese Unterschiede auf die Zimmerzahl keinen Einfluss haben. Durch geschickte Gliederung können in jedem Haus bis zu sechs Wohnräume eingerichtet werden. Eine Ausnahme machen die Maisonetten und Ateliers, die aber ihrerseits wieder ihre besonderen Reize haben und dem Zweck, für den sie geplant wurden, vollauf gerecht werden. Alle

Wohneinheiten haben eines gemeinsam: Sie sind mit intimen Gärten ausgestattet, ja der Normaltyp offeriert sogar je einen Garten auf der Nord- und auf der Südseite. Ein Drittel der Häuser ist zudem mit einem im Dachgeschoss eingebauten «Solarium» versehen, das sich frei nach Süden öffnet, ohne eingesehen werden zu können.

Man betritt das Normalhaus durch die Laubentür. Hinter dem unscheinbaren Eingang öffnet sich ein als freier Sitzplatz oder Minigarten gestalteter kleiner Vorhof, der erst zur gläsernen Haustür führt. – Im Eingangsgeschoss dominiert das grosszügige Wohn-/Esszimmer, das im grossen Haustyp 5 mal 8 Meter misst. Der in Glas gehaltenen Zimmerfront ist ein gedeckter Balkon mit Blick nach Süden und auf den Garten vorgelagert. Im gleichen Geschoss ist neben dem Treppenhaus die Küche untergebracht, deren Fenster ins schattige Nordhöfchen geht. – Im Untergeschoss wird die Wohnzimmerfläche nach Bedarf von einem weiten oder zwei schmalen Schlafräumen belegt. Weiter befinden sich hier ein Toilettenraum und der Keller. Den Charme dieses Geschosses macht das in Mauern gebettete «Kartäusergärtchen» aus. – Die gleiche Einteilung weist das Obergeschoss auf, wobei hier anstelle des Kellers ein als Arbeits- oder zusätzlicher Schlafraum verwendbares Nordzimmer eingebaut ist. Dazu gehört ein zweites Bad. Abgesehen von den Schrankräumen, die normalerweise zu jedem Schlafzimmer gehören, und den Solarien, die mit dem Verzicht auf einen Schlafraum erkauft werden, weist das Haus keinerlei Luxus auf; die Einrichtungen sind nüchtern, aber zweckmäßig.

Das «Halenwunder»

Mit der Hauseinteilung ist auch die Infrastruktur mit gemeinschaftlicher Heizung und Warmwasserversorgung samt Gemeinschaftswaschküchen gut ausgedacht worden. Plätze und Verbindungswege gliedern die Siedlung. Schliesslich hält der geschlossene Wald die Wohnstadt nach dem Muster der mittelalterlichen Stadt als Einheit zusammen und schützt sie gegen jegliche Einwirkung von aussen. Dieses Raumwunder ist auf nur 250 Aren Bauland verwirklicht worden.

Das zweite Halenwunder ist die Lösung der rechtlichen Probleme, die das enge Nebeneinander von Privat- und Gemeinschaftseigentum stellt: 110 Aren stehen im Alleineigentum der 79 Hauseigentümer, 140 Aren und der dazuerworbene Wald sind Gemeineigentum. – Über sein Hausgrundstück kann der Erwerber eines Halenhauses grundsätzlich frei verfügen, wobei ihm allerdings insoweit Schranken auferlegt sind, als nachbarrechtliche Rücksichten zu nehmen sind. Bauliche Veränderungen am Wohnhaus sind in der Eigentümergemeinschaft zu besprechen. Wenn keine gütliche Einigung erzielt werden kann, steht der Rechtsweg des direkt Betroffenen offen, doch musste er bisher nie eingeschlagen werden. – Komplizierter verhält es sich mit dem Gemeinschaftseigentum: An Wegen, Plätzen, Schwimmbad, Sport- und Spielanlagen, Wärmezentrale mit Heizung und Warmwasserversorgung, Waschboxen, Einstellhalle mit Servicestation, der Abwartwohnung als 80. Wohneinheit und dem Wald hat jeder Hauseigentümer den erwähnten 79. Anteil erworben und entsprechen-

de Unterhaltsverpflichtungen übernommen. Die sind zum Teil im Grundbuch festgelegt, zum Teil in Statuten verankert.

Das eigentliche Wunder bleibt, dass diese Ordnung in den bald zwanzig Jahren seit Inbetriebnahme der Siedlung funktioniert und immer wieder die Anpassung an die praktischen Bedürfnisse erlaubt. Es braucht, um den Widerstand eigenwilliger Siedler, die mit einer Neuerung nicht einverstanden sind und mit der Verweigerung ihrer Zustimmung wichtige Veränderungen nach der Rechtslage blockieren können, zuweilen viel Überredungskunst der ehrenhalber amtierenden Siedlungsverwaltung. Letztlich ist man immer zu einer gütlichen Einigung gekommen.

Die Gründer

Die Siedlung Halen, vielen Vorbild, aber nie erreicht, ist von einer Gruppe junger Architekten mit einem Wagemut durchgesetzt worden, der heute noch Bewunderung erregt.

Es war Mitte der fünfziger Jahre, als sich die Freunde Erwin Fritz, Rolf Hesterberg und Hans Hostettler, die 1949 in Burgdorf ihr Architekturstudium abgeschlossen und dann beim Berner Corbusier-Schüler Brechtbühler gearbeitet hatten, zusammen mit dem phantasievollen Tessiner Alfredo Pini und dem Künstlertyp Samuel Gerber selbständig machten. Ihre Architektengemeinschaft wurde im Estrich Hesterbergs gegründet und «Atelier 5» getauft. Unter bescheidensten Verhältnissen wurde angefangen.

Einige Glücksfälle haben die Halenidee gefördert: Ein erster Glücksfall

war die Entdeckung der einzigartig gelegenen Waldwiese im Dorfbann von Kirchlindach. Ein zweiter glücklicher Fingerzeig war die Weigerung des Landeigentümers, sein Grundstück anders denn als Gesamtkomplex zu verkaufen. Dritter Ansporn war die an die Baubewilligung geknüpfte behördliche Bedingung, das Projekt für eine Gesamtüberbauung vorzulegen. Dass endlich die Lindacher Bürger in der Gemeindeversammlung vom März 1956 das revolutionäre Projekt gutgeheissen haben, ist der heute wie als Ironie der Architekturgeschichte anmutenden Entschuldigung zu verdanken, die Siedlung sei so gut im Wald versteckt, «dass sie kein Mensch sieht»!

Zunächst schien das Architekten-team, das wohl gute Ideen, aber noch keinen Kredit hatte, überfordert. Es war nicht in der Lage, die für den Landerwerb verlangten 600 000 Franken aufzutreiben. Aufgrund der Intervention eines Zürcher Architekturbegeisterten zu dem der inzwischen dem Atelier 5 beigegetretene selbständige Architekt Niklaus Morgenthaler (Sohn des Malers) den Kontakt hergestellt hatte, wurde diese Klippe erst in letzter Stunde überwunden: Ernst Göhner von der Göhner AG erklärte sich bereit, das Geld vorzustrecken. Am 31. August 1956 konnte der Kaufvertrag unterzeichnet werden.

Die Schwierigkeiten der Finanzierung des 8-Millionen-Projekts waren allerdings noch lange nicht gelöst. Die Idee, aufgrund der blassen Pläne Hauskäufer zu finden, die Schritt um Schritt die nötigen Verpflichtungen für die Bauarbeiten eingehen sollten, erwies sich als unrealistisch. In dieser prekären Phase erwies sich Morgen-

thaler als rettende Kraft. Seinem Einsatz und seinen Beziehungen war es zu verdanken, dass in einer Zeit der Kreditrestriktionen die finanziell Gähnere AG für die schwache Baugeossenschaft in die Bresche sprang. Die Architekten blieben aber am finanziellen Risiko des Unternehmens beteiligt. Ihnen oblag insbesondere der Verkauf der ganzen Anlage. Bis es dazu kam, gab es harte Zeiten für die jungen Leute, die sich während der kritischen Jahre mit kleineren Arbeiten über Wasser hielten.

Halen wird Realität

Im Februar 1959 wurde mit dem Bau begonnen. Als Bauführer war der Berner Fritz Thormann ins Team aufgenommen worden. Unerwartete technische Schwierigkeiten traten auf: Der Baugrund erwies sich als schlecht. Der abrutschende Boden musste gefestigt werden. Auch zeigte sich, dass die entstehende Siedlung wohl viel bestaunt wurde, in ihrer Neuartigkeit aber nur mühsam Interessenten fand, die bereit waren, sich hier anzusiedeln.

Als erster Bewohner zog im Sommer 1960 ein Bauingenieur in die Siedlung, der noch die Infrastruktur mangelte, ein. Ihm folgten im gleichen Jahr die Architekten und einige weitere Pioniere. Als 1962 die letzten Bauarbeiter den Ort verließen, hatten aber alle Häuser ihren Abnehmer gefunden.

Aber es war nicht damit getan, dass jedes Haus nun seinen Bewohner hatte. Um zu funktionieren, brauchte die Siedlungsgemeinschaft eine Organisation. Die Erbauer verstanden es,

die schwierige Doppelrolle als Vertreter der Bauherrschaft und als Mitbewohner auszufüllen.

Für ein geordnetes Zusammenleben mussten Statuten geschaffen werden. In nächtelangen Diskussionen haben die «Ureinwohner» die nötigen Vorarbeiten geleistet. Am 23. Juni 1962 war es dann soweit, dass zur Gründung einer «Eigentümergesellschaft Siedlung Halen» geschritten werden konnte. Ein Philosophielehrer wurde zum ersten Präsidenten gewählt. Zum fünfköpfigen Vorstand gehörten neben Vizepräsident, Aktuar, Quästor ein Beauftragter für den Siedlungsunterhalt, dem auch die Aufsicht über den angestellten Abwart oblag. Die Aufgabe wurde Morgenthaler anvertraut. Dessen Frau wurde zur ersten Sekretärin bestimmt.

Vereinsprotokolle

Wenn sich die ersten Siedler kaum darüber Gedanken gemacht hatten, welche Aufgaben sie mit dem Einzug in Halen auf sich nahmen, wurden sie bald durch die Umstände belehrt, dass das romantische Siedlerleben in einer anregenden Gesellschaft und bildenwerten Umgebung mit der Erlegung des Hauspreises und der Bezahlung der laufenden Rechnungen nicht allein abzugelten war. Es musste von ihnen zusätzlich ein beträchtliches persönliches Engagement für die Gemeinschaft erbracht werden, wenn der Betrieb funktionieren sollte. Die Protokolle der jährlichen Generalversammlungen und der zahlreichen außerordentlichen Mitgliederversammlungen geben darüber Aufschluss. Nicht minder instruktiv sind die Pro-

tokolle der Verwaltungssitzungen, die zeitweilig alle vierzehn Tage abgehalten werden mussten und in denen die mühselige Kleinarbeit festgehalten ist, die zu leisten war.

Die Berichte über die jeweilen im Frühsommer stattfindenden ordentlichen Rechenschaftsablagen der Verwaltung sind durch beharrlich steigende Budget- und Abschlusszahlen gekennzeichnet, die nicht nur Ausdruck der wachsenden Lebenshaltungskosten sind: Wenn anfänglich der einzelne Hausbesitzer mit monatlichen Verwaltungsspesen von nur 10 Franken belastet werden musste, ist dieser Posten inzwischen auf 60 Franken gestiegen. In dieser Steigerung schlagen sich die höheren Ansprüche an die Verwaltung und die allmähliche Umwandlung der ursprünglich weitgehend ehrenamtlich erfüllten Sekretariatsarbeit in eine vertraglich geregelte Halbtagsstelle nieder. Die Heizkosten, die seinerzeit mit 40 000 Franken jährlich zu Buch standen, figurieren im laufenden Budget mit 200 000 Franken.

Immer gewichtiger werden aber vor allem die ausserordentlichen Aufwendungen für die Erneuerung veralteter Anlagen. So kam man im Zeichen der ersten Ölkrise zur Einsicht, dass der Tankraum vergrössert werden musste. Gleichzeitig war ein korrodierender 50 000-Liter-Tank zu ersetzen. So wurde für 127 500 Franken ein neuer Tank bestellt. Nun können für kritische Zeiten 200 000 Liter Öl eingelagert werden. – Allerneustens ist von der Eigentümersammlung ein Kredit von 170 000 Franken für den Ersatz zweier veralteter Gusskessel durch einen modernen Stahlkessel, die Umstellung der Warmwasserversor-

gung auf elektrischen Betrieb und die Sanierung der ganzen Heizzentrale eingeholt worden. Es soll dadurch der Ölverbrauch um 20 Prozent gesenkt werden können. Die Kostenaufteilung wird in einem erst kürzlich bereinigten «Reglement über die Kosten für Unterhalts-, Wiederherstellungs- und Erneuerungsarbeiten des Gemeinschaftsbesitzes» festgelegt, das für Aufwendungen, die mit der Heizung zusammenhängen, den beheizbaren Raum als Berechnungsgrundlage bestimmt, während alle übrigen Kosten seit Anbeginn grundsätzlich zu gleichen Teilen getragen werden.

Diese grossen Brocken gaben wenig zu reden. Die Eigentümer zeigten sich gegenüber notwendigen Investitionen einsichtig. Um so beharrlicher kann man sich über scheinbar nebensächliche Fragen unterhalten: Als schier unerschöpfliches Thema tauchen von Zeit zu Zeit die Nebenerscheinungen der Hunde- und Katzenhaltung auf. Ein anderer Streit ging um die sogenannte Waldpflege. Die gegensätzlichen Interessen an der Erhaltung oder der Fällung eines Baumes, der dem einen eine Augenweide, dem andern ein lichtraubendes Hindernis ist, schienen unüberbrückbar. Schliesslich entschied der Förster den Streit nach forsttechnischen Gesichtspunkten.

Das Gesicht der Siedlung

Ein Gegenstand beharrlicher Auseinandersetzungen, der hervorzuheben ist, taucht unter dem Stichwort «Bewahrung der äusseren Erscheinung der Siedlung» in den Protokollen auf: Von Zeit zu Zeit wünscht ein Siedler an seinem Haus Änderungen vorzu-

nehmen. Besonders die kleinen Haustypen werden von der einen oder andern Familie als zu eng empfunden. Die Ausbauwünsche äussern sich namentlich in Projekten zur Überdeckung der Solarien oder des Vorhöfchens und deren Ausgestaltung zu zusätzlichen Wohnräumen. In letzter Zeit häufen sich die Begehren, Cheminées als zusätzliche Heizmöglichkeit einzubauen.

«Puristen» haben gegenüber den ersten Veränderungswünschen Einspruch erhoben. Sie haben mit Erfolg an die Einsicht der Antragsteller appelliert, von nach aussen sichtbar werdenden Umbauten Abstand zu nehmen. Mit der Zeit ist man larger geworden. Besonders die Atelier-Architekten haben sich zu Fürsprechern einer «lebenden Siedlung» gemacht; diese sollte nicht zu einem «Architekturmuseum» erstarren. – Bis jetzt ist jedesmal noch eine Lösung gefunden worden. Vor allem konnten – abgesehen von einer Ausnahme, für die ausgerechnet ein Kunsthistoriker gradstehen muss – alle Veränderungen verhütet werden, die den klaren Siedlungsfronten Gewalt angetan hätten.

Unwillen haben bei konservativen Siedlern die Malkünste von Teenagern hervorgerufen: Als nächtlicherweise – nicht unbegabt, aber eben ungefragt – die Wände am Dorfplatz mit bunten Schattenrissen verziert wurden, wurde sogleich der Ruf nach einer Aussprache über diesen «Unfug» erhoben. Im Protokoll wurde festgehalten, dass zwar jeder Halenbewohner grundsätzlich nach seinem Geschmack die eigenen Wände ver(un)zieren könne, Miteigentum oder fremdes Eigentum jedoch verschont bleiben müsse. Der Auftrag an die Verwaltung, dafür be-

sorgt zu sein, dass die Malereien wieder verschwinden, hat sich allerdings als undurchführbar erwiesen: die Betonmauern hatten die Farbe so sehr eingesogen, dass sie nur mit unverhältnismässig grossen Kosten ausgelöscht werden könnte.

Gemeinschaftszentrum und Jugendproblem

Ein Thema hat während einiger Jahre eine gewisse Unruhe in die Siedlung getragen: die Einfügung der heranwachsenden Halenjugend in die Gemeinschaft. Auch Halen ist von der «68er-Revolution» nicht verschont geblieben, wobei die kritischen Stunden im Sommer 1971 zu bestehen waren, als jugendliche Initianten ein öffentliches «Popfestival» durchführen wollten, was der damalige Präsident der Verwaltung – mit besorgten Helfern – abstoppte.

Die Versuchung, überbordende Feierlichkeiten zu veranstalten, an denen nun einmal nicht jedermann dieselbe Freude empfindet, ist mit der Einrichtung des am Dorfplatz liegenden Gemeinschaftszentrums gegeben. So sehr sich dieser Ort als verbindendes Element für die Siedler bewährt, so ärgerlich können lärmige Übertreibungen des Zusammenkommens für die Anstösser sein, die am Schlafen gehindert werden.

Ursprünglich hat die Baugesellschaft den Gemeinschaftskomplex mit Klublokal, Laden und Kindergarten für sich behalten und in eigener Regie verwaltet. Man hatte beim Verkauf der Wohnhäuser schon genug Schwierigkeiten und wollte deren Preis dadurch nicht noch zusätzlich belasten.

Als aber die Architekten, die sich mit der Siedlung wohl einen Namen, aber kein Geschäft gemacht hatten, dringend Betriebskapital für neue Bauvorhaben brauchten, boten sie das bis dahin vermietete Gebäude zum Erwerb an. Andernfalls würden sie, so lautete die Alternative, die Räumlichkeiten als Bürolokalitäten veräussern.

In der jungen Eigentümergesellschaft war man einig: Laden und Klublokal müssen erhalten bleiben. Schwerer war es, die Eigentümer zusammenzubringen, die bereit waren, den Kaufpreis von 340 000 Franken zusammen zu tragen. Die erforderliche Einstimmigkeit, die für anteilmässige Übertragung des zusätzlichen Gemeinschaftseigentums auf die einzelnen Parzellen nötig gewesen wäre, blieb ausser Reichweite. Also musste man sich nach einer anderen Lösung umtun. Sie wurde in der Gestalt einer eigenen Genossenschaft gefunden, an der sich die kaufwilligen Interessenten mit einem entsprechenden Genossenschaftsanteil beteiligten. Am 24. Januar 1967 wurde die Genossenschaft «Zentrum Siedlung Halen» als eigene Körperschaft von drei Dutzend Siedlern gegründet. Die fehlenden Mittel wurden durch Aufnahme einer Hypothek gedeckt, die seither weitgehend abgetragen werden konnte, nachdem sich die Zahl der Genossenschafter fast verdoppelt hatte.

Bald tauchten neue Fragen auf. Als das ursprüngliche Abrechnungssystem in der «Beiz» mit einer offenen Kasse, in die jeder Bezüger einer Flasche Bier oder Wein einfach den ange schriebenen Betrag einlegte und sich selber mit Wechselgeld daraus wieder bediente, Fehlbeträge zeitigte, hat man die Antwort darauf in einem

«Bezugsscheinverfahren» gefunden: die Bezüge werden auf die Monatsrechnung der Eigentümergesellschaft gesetzt und von dieser mit der Genossenschaft verrechnet. Als später Wässerli und Nüssli abseviert wurden, ohne dass dafür Quittungen ausgestellt worden wären, wurde das Klublokal abgeschlossen und jedem Haus ein Schlüssel für die Tür abgegeben, damit Kinder nicht mehr unkontrolliert das Lokal betreten konnten. Als die Halenjugend mit Musikboxen das Klublokal zur unerträglichen Lärmquelle machte, so dass die Generation der Eltern sich darin nicht mehr heimisch fühlte, wurde ein Lärmreglement aufgestellt, das – mit wenig Erfolg – Lautstärke und Spielzeiten in Schranken zu halten versuchte. Als allerdings Anzeichen auftauchten, dass im Gemeinschaftslokal Hasch geraucht wurde, sah man keinen anderen Ausweg mehr, als die Stätte der Begegnung für längere Zeit zu schliessen und nur noch für angemeldete Veranstaltungen, für die eine Gewährsperson verantwortlich zeichnete, zugänglich zu machen.

Heute hat sich die Welle der «Insubordination» wieder gelegt. Eigentümer- und Mieterwechsel und der Auszug flügge gewordener Sünder haben die Schwierigkeiten schliesslich gelöst.

Generationenwechsel

Die Veränderungen in der personellen Zusammensetzung der Siedlung legen zu diesem besonderen Aspekt einige zusätzliche Bemerkungen nahe: Wer das Einwohnerverzeichnis zu Jahres-

beginn 1964, als Halen erstmals in Vollbesetzung funktionierte, mit dem Verzeichnis 1979 vergleicht, stellt fest, dass von den damaligen Bewohnern nur noch die Hälfte hier lebt.

Der Wechsel hat mit der natürlichen Bevölkerungsbewegung zu tun, die sich in einer Siedlung wie Halen, in der sich – damals noch das Experiment einer Siedler-Avantgarde – vorab Ehepaare der Generation zwischen 30 und 40 mit Kleinkindern, die dieser Altersklasse entsprechen, eingehaust haben. Der berufliche Werdegang des Vaters hat manche Familie fortgeführt. Für andere Familien ist Halen zu eng oder – mit dem Auszug der Jungen in eine eigene Wohnung – zu gross geworden. Sie haben ihr Haus verkauft oder als Kapitalanlage vermietet. Die Halenbewohner waren 1964 weitgehend jüngere Erwachsene und 116 Kinder. Man zählt heute 21 Ehepaare unter 40, die als Neuzuzüger zu betrachten sind, 33 Ehepaare zwischen 40 und 55 sowie 14 Paare, die diese Altersgrenze überschritten haben, unter denen man vorab die alten Namen wieder entdeckt. Dazu kommen 20 «Alleinstehende», die sich zum Teil in einem partnerschaftlichen Verhältnis zum Erwerb oder zur Miete eines Normalhauses zusammengetan haben oder in einer Maisonette hausen. Sie gehören fast ausschliesslich zu den Neuzuzügern. In der Kategorie «Kinder» sind 20 Kleinkinder im vorschulpflichtigen Alter, 36 Schüler und 41 junge Erwachsene.

Parallel zu diesem Generationenwechsel ist eine andere, für unsere Zeit bezeichnende Erscheinung festzuhalten: Eine Analyse der beruflichen Gliederung der Siedler ergibt ein Übergewicht der sogenannt «besse-

ren» Schichten: Mit 20 Architekten und 5 Ingenieuren, die von Anfang an einen starken Zug nach Halen empfanden, haben sich in der Siedlung 10 Ärzte und Apotheker sowie je ein halbes Dutzend Hochschullehrer und Lehrer, die im Kanton Bern gut besoldet sind, eingekauft. Dieses soziale Bild dürfte mit der unerhörten Steigerung der Liegenschaftspreise zusammenhängen: Wenn 1960/61 ein kleines Halenhaus zum Katalogpreis von 90 000 Franken und das grosse Haus für 120 000 Franken erworben werden konnten, haben sich inzwischen diese Preise rund verdreifacht. Entsprechend haben sich die Wohnungsmieten, die auf die normale Verzinsung des Kapitals abstellen, und die Nebenkosten erhöht. Letztere sind allein – ohne Einrechnung des an der siedlungseigenen Tankstelle bezogenen Benzins – von 100 auf 300 Franken im Monatsdurchschnitt gestiegen, sind also ebenfalls dreimal teurer geworden. Dazu kommt das immer stärkere Engagement durch Investitionen für die Erneuerung abgenutzter Einrichtungen.

Gesicherte Zukunft

Hat Halen unter diesen Wechseln gelitten? – Sicher ist manches gegenüber der «Gründerzeit» anders geworden. Es gibt in der Siedlung weniger Spontaneität, aber es gibt sie noch. Es gibt nicht mehr die geschlossene Gesellschaft, in der jeder jeden kannte. Besonders die rasch wechselnden Mieter, die heute einen Drittelf der Bevölkerung ausmachen, fügen sich weniger gut in die Gemeinschaft ein, in der sie nicht selber mitbestimmen

können. Aber es gibt neue Bindungen innerhalb der neu zugezogenen Partner, die ihre eigenen Formen des Zusammenlebens entwickeln. Vor allem ist festzustellen, dass das «gehobene» soziale Niveau, das eigentlich den ursprünglichen Vorstellungen der Gründer von Halen zuwiderläuft, weil sie nicht Wohnungen für wirtschaftlich besser Gestellte bauen, sondern «jedermann» den Erwerb eines Halenhauses ermöglichen wollten, der Erhaltung der Siedlung in gutem baulichem Zustand zugute kommt. Wenn man Halen mit berühmten Experimenten von Le Corbusier vergleicht, die ja für die Architekten des «Atelier 5» Ansporn waren, die aber – wie die Siedlung Pessac bei Bordeaux – inzwischen «verludert» sind, darf man sich unbeschwert darüber freuen, dass die Halensiedlung sich gut gehalten hat.

Halen hat auch im Unterschied zu anderen Experimenten, bei denen es nicht gelang, aus den «Ghettoschranken» auszubrechen, in die solche Versuche oft verwiesen werden, nach Überwindung der Anfangsschwierigkeiten die Öffnung in die Gemeinde verwirklicht, zu der es politisch gehört. Es brauchte für die politisch meist uninteressierten Individualisten der Siedlung einige Selbstüberwindung, sich um die damals noch rein bäuerliche Gemeinde Kirchlindach zu kümmern. Den Städtern war die Dorfpolitik fremd. Praktische Fragen des Schulwegs, des Unterhalts der Siedlungszufahrt oder der Straßenbeleuchtung bewogen sie, an den Gemeindeversammlungen ihre Anliegen persönlich zu vertreten.

Man hat mit der Zeit sogar erkannt, dass eine parteipolitische Organisation

sich als nützlich erweisen könnte, weil nur so der Anspruch auf einen Einsatz in den Behörden möglich war. Zuerst erhielt die in der Siedlung gegründete freisinnige Ortsgruppe einen Gemeinderatssitz zugesprochen. Heute ist dieser Sitz ins Dorf gegangen, wo die Freisinnigen allmählich Zuzug erhalten haben. Dafür ist die Siedlung heute durch eine Sozialdemokratin in der Exekutive vertreten. Von der Siedlung sind, wie im Dorf anerkannt wird, wertvolle Impulse auf die Gemeindepolitik ausgegangen. Von ihr ist beispielsweise das zeitgemäße Kanalisationssystem der Gemeinde bestimmt worden. Sie hat auch eine moderne Ortsplanung und eine Finanzpolitik durchgesetzt, die den Siedlern als Steuerzahlern zugute kommt.

Gewiss: Mit dem Aussterben des Pioniergeistes ist von der ursprüng-

lichen Spontaneität, die seinerzeit Gemeinschaftsanlässe gewissermassen ganz von selber aufleben liess, dies und das verloren gegangen. So erinnert man sich mit einer gewissen Wehmut der «Halenuniversität», wie die während zweier Winter durchgeföhrten, von Vorträgen haleneigener Referenten eingeföhrten Ausspracheabende im Klublokal hochtrabend genannt wurden. Das Bedürfnis für solche Veranstaltungen scheint heute, da auch in den Halenhäusern die Konservenunterhaltung aus den elektronischen Medien zum kulturellen Standard gehört, geringer zu sein. Der einst rege allgemeine Clubhausbeteiligen. Die Halenleute fühlen sich aber auch so mit ihrer Siedlung verbunden und möchten mit niemandem tauschen.

Arnold Fisch

«TELEBÜHNE»-AUFTAKT MIT «ANDORRA»

Dieses Heft enthält einen Bericht über Untersuchungen an der Fernsehsendung «Telearena», die inzwischen durch die «Telebühne» abgelöst worden ist. Am 27. Februar hatte diese Neukonzeption ihre Premiere. Anders als die «Telearena» möchte sie von literarisch anspruchsvollen Stücken ausgehen; aber gleich wie diese will sie die Inszenierung zum Anlass möglichst spontaner Auseinandersetzung zwischen den im Studio anwesenden Zuschauern nehmen. Gar so spontan freilich war die Diskussion um die Szenen des Stücks «Andorra» von Max Frisch eigentlich nicht, und dies nicht darum, weil das Publikum nicht mitgemacht hätte, sondern weil sich

vorbereitende Massnahmen (man könnte auch sagen: gezielte Publicity) als der Unmittelbarkeit und Offenheit abträglich erwiesen. Wochen vor der Sendung waren die Zuschauer aufgefordert worden, sich schriftlich zum Thema «Wir Schweizer und die Juden» zu äussern, eine Fragestellung, die offensichtlich selber nicht von Vorurteilen frei ist. Eine soziologische Untersuchung sollte sodann dem Antisemitismus in der Schweiz nachgehen und wissenschaftlich beglaubigte Fakten bereitstellen. In der Sendung wurde zwar modifiziert, es gehe nicht bloss um die Juden, es gehe um unser Verhältnis zu den «Aussenseitern» schlechthin. Zwar werde man im Zu-

sammenhang mit «*Andorra*» vorwiegend über Antisemitismus sprechen müssen, doch sei das Problem in einem weiteren Rahmen zu sehen.

Noch ist es wohl verfrüht, über Vor- und Nachteile der «*Telebühne*» gegenüber der «*Telearena*» zu urteilen. Man muss, wie bei der alten Sendereihe, Erfahrungen sammeln und den einzelnen Abend als Teil einer Gesamtkonzeption sehen. Doch lässt sich jetzt schon erkennen, worin die Schwierigkeiten, auch die Gefahren dieses neuen Unternehmens liegen. So scheint mir eben gerade die Fixierung auf das Thema Antisemitismus, für die ja wohl die Programmgestalter wie besonders die allen spontanen Diskussionsvorschlägen verschlossene Leitung der einzelnen Gesprächsrunden (*Andreas Blum*) die Verantwortung tragen, eine mögliche Wendung des Gesprächs zum Wesentlichen hin verhindert zu haben. «*Andorra*» zeigt nicht so etwas wie «den Antisemitismus», wohl aber die Entstehung und die entwürdigende Macht des Vorurteils. Das Stück so eingleisig zu sehen, wie es hier bewusst geschah, kommt einer verpassten Gelegenheit gleich. Wenn man schon – statt der im Hinblick auf ein zu diskutierendes Thema geschriebenen Szenen der «*Telearena*» – ein bestehendes, literarisch anspruchsvolles Bühnenwerk zum Ausgangspunkt der Diskussion machen will, sollte man dem Eindruck, den die Inszenierung auf die Zuschauer macht, nicht durch gezielte Einschränkung des «Hinblicks» vorgehen. Sonst sehen sie nicht, was sehen und begreifen zu lernen eine höchst wünschenswerte und erfreuliche Chance der neuen Sendeform wäre. Vorgefasste Meinungen, vor-

wiegend natürlich das Misstrauen der vielen Gleichen gegen den Andern, grundsätzlich jedoch die ebenso feige wie bequeme Bereitschaft, Gemeinplätze und Schlagworte besonders auch im Kreise von Gesinnungsgruppen lieber anzunehmen und weiterzugeben, als sie kritisch zu überprüfen, sind Gegenstand des dramatischen Modells «*Andorra*». Und ebenso genau, wie die Schuld der Andorraner an Andris Schicksal, müsste man die Schuld des Lehrers untersuchen, der zwar die andorranischen Schulbücher von Vorurteilen reinigt, aber selber davon nicht frei ist. Der Lehrer nämlich, der seinen Landsleuten an Andri vorführen will, dass man sich kein Bildnis machen soll, macht sich selber eines von den Andorranern. Er gleicht ein wenig, so möchte man sagen, den geistigen Vätern der «*Telebühne*» in ihrer ersten Ausgabe. Besonders deutlich wird das an der Person des «*Advocatus diaboli*» (*Max Schmid*), dessen Rolle darin besteht, dem Publikum im Studio und vor dem Bildschirm vorzuführen, was da alles an hahnenbüchenen und schaurigen Weisheiten herumgeboten wird, die Juden und – in späteren Sendungen – die Aussenseiter betreffend. Dieser «*Advocatus diaboli*» also verkörpert geradezu das Bildnis, das man sich machte, als man nach dem Verhältnis der Schweizer zu ihren Juden fragte. Er kann sich auf eingegangene Briefe berufen, unzulässigerweise zudem auf anonyme Briefe, deren Beweiskraft auch für das Fernsehen gleich Null sein müsste. Und er lenkt durch seine provozierenden Interventionen, die zwei- oder dreimal die Inszenierung und damit die Wirkung des Stücks stören, die Diskussion genau auf die Geleise, auf denen sie

nicht laufen sollte, wenn es denn wirklich darum ginge, Vorurteile abzubauen.

Was mich skeptisch stimmt, ist indessen vor allem der Umstand, dass man zwar anspruchsvolle Literatur (anstelle der ad hoc gebastelten Szenen der «Telearena») inszenieren möchte, dann aber einen Gebrauch davon macht, der fragwürdig ist. Damit soll kein Wort gegen Max P. Ammanns bemerkenswerte Inszenierung von «Andorra» gesagt sein. Der Regisseur hat die Szenen ohne übermässigen technischen Aufwand höchst geschickt in die Studio-Arena gebannt, mit durchwegs guten Schauspielern wohl ein Optimum an Genauigkeit und Klarheit der Interpretation erreicht. Wegen der Unterbrüche durch den «Advocatus diaboli» und die Publikumsdiskussion entfaltete sich die beziehungsreiche Welt des Modells «Andorra» jedoch nur in Bruchstücken, und genau da liegt für mich die entscheidende Fragwürdigkeit des Unternehmens. Nicht nur, dass schon vorher – das heisst vor dem ästhetischen Erlebnis – feststeht, worüber diskutiert werden soll. Nein, dieses Erlebnis kann gar nicht Wirklichkeit werden. Mit der literarischen Qualität, sagen die Verfasser der in diesem Heft abgedruckten Studie über die «Telearena», steige auch das vom Werk selber offerierte Spektrum von Auslegungsmöglichkeiten. Dieses Spektrum ist – wie der Versuch mit «Andorra» zeigt – auf einen einzigen Ausschnitt reduziert worden. Ich frage mich, wie sinnvoll es sei, statt anspruchsloser Beispieldramen dramatische Werke von Rang heranzuziehen, wenn man dann doch nicht den Mut oder die Möglichkeit hat, diese Werke als Gan-

zes wirken zu lassen. Vielleicht steht dem ein Widerstand entgegen, der dann allerdings gegen die zerstückelte Wiedergabe bedeutender Bühnenerwerke wie gegen ihre Zerredung in Diskussionen der gewohnten Art spräche. Ich gestehe – als Theaterkritiker, der diesen Beruf seit vielen Jahren ausübt –, dass ich mich ausserstande sähe, unmittelbar nach einem Theaterabend öffentlich über das zu reden, was ich gesehen habe. Ich meide sogar das Gespräch im kleinen Kreis, weil ich genau weiß, dass sich erst «setzen» und ordnen muss, was sich als höchst vielfältige und in ihrer Art komplexe Wirkung gar nicht auf Anhieb überschauen lässt. Eine Inszenierung, die nicht einfach einen Beispieldfall (für «Sucht» oder für «Treue» oder irgend ein anderes Thema) vorführt, sondern ein unausdeutbares Ganzes, eben ein Werk von literarischer Qualität, eignet sich nicht gut für die Zwecke, die man in der «Telebühne» offenbar damit verfolgt. Es besteht darum die Gefahr, die schon in dieser ersten Ausgabe leider Verwirrung stiftete, dass nämlich einerseits das Stück nicht zu seinem Recht kommt und anderseits die Diskussion zum vornherein auf ein bestimmtes Thema beschränkt ist. Und noch etwas: Das Verhältnis von Inszenierung und Diskussion, einmal rein in seinen zeitlichen Proportionen betrachtet, ist ungeklärt. Die vorhandene Textmasse zwingt den Gesprächsleiter dazu, entstehende Kontroversen abzuschotten, mit dem Blick auf die Uhr um Verständnis zu bitten und weiterspielen zu lassen, wo doch vielleicht gerade ein Ansatz zur Verständigung sichtbar geworden wäre. Und anderseits muss er die Inszenierung unter-

brechen, weil man doch diskutieren möchte. Da sind Zwänge, die sich negativ auswirken.

Stücke wie «*Andorra*» sind ja wohl etwas mehr denn ein Anstoss, über Antisemitismus in der Schweiz zu diskutieren. Dass es den gibt, kann nicht bestritten werden. Dass er repräsentativ sei, wird man nicht behaupten wollen. Aber dass es in dieser wie in jeder anderen Frage, welche die «*Telebühne*» etwa noch zu behandeln vorhat, auf die Zerstörung oder Vermeidung von Vorurteilen jeglicher Art ankäme, müsste in jeder dieser Sendungen deutlich werden. In dieser

ersten blieb das eher verschwommen. Es gab einzelne Disputanten, die darauf hinaus wollten, doch wurde ihr Vorschlag nicht angenommen. Vielleicht versucht man es in einem zweiten Anlauf mit einem geschlossenen Inszenierungsblock, der vielleicht durch eine einzige Pause unterbrochen werden könnte. Sie wäre dazu zu benützen, ein Inventar von Fragen und Ansichten zum Stück und zu seinem Thema zu sammeln, auf die man in der Schlussdiskussion zurückzukommen hätte.

Anton Krättli

LIBERALISMUS IN LATEINAMERIKA

Obschon seit den Tagen der Unabhängigkeitskriege liberale Parteien in verschiedenen lateinamerikanischen Staaten massgeblich das politische Geschehen mitgeformt haben, verfügt die Liberale Internationale als einzige der drei demokratischen weltweiten Parteidörfer über keine institutionellen Kontakte zu politischen Kräften auf diesem Kontinent. Zwar war 1947 bei der Wiedergründung der Liberalen Welt-Union nach dem Zweiten Weltkrieg in Oxford ein Beobachter aus Kolumbien anwesend, doch konnten sich danach die Beziehungen zu lateinamerikanischen Liberalen nie über das Niveau gelegentlicher und unverbindlicher persönlicher Bekanntschaften hinaus entwickeln.

Die Sozialistische Internationale hat nach langjährigem Zögern in der jüngsten Vergangenheit verschiedene

lateinamerikanische Parteien als Vollmitglieder oder permanente Beobachter aufgenommen. Zu ihren wichtigsten Partnern gehören die Acción Democrática in Venezuela, die APRA des unlängst verstorbenen Haya de la Torre in Peru, die Nationale Befreiungspartei des früheren Präsidenten Daniel Oduber in Costa Rica und die gegenwärtige Regierungspartei in der Dominikanischen Republik. Vor allem bei der Jugendarbeit und bei der Kaderschulung erhalten die lateinamerikanischen Mitglieder der Sozialistischen Internationalen dank eines grosszügigen Hilfsprogramms der SPD und der ihr nahestehenden Deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung erhebliche materielle und organisatorische Unterstützung.

Die Christlich-Demokratische Welt-Union verfügt über die ältesten Kontakte in Lateinamerika und hat auch

eine besondere Unterorganisation für diesen Erdteil. Die relativ starke Stellung der lateinamerikanischen Christdemokratie beruht weniger auf ihrem ideologisch-programmatischen Zusammenhalt als auf dem Charisma einzelner nationaler Führer wie der frühere Präsident Chiles, Eduardo Frei, und der unlängst zum neuen Staatsoberhaupt Venezuelas gewählte Luis Herrera Campins. Wegen der zahlreichen eurouropäischen Einwanderer in Lateinamerika zieht die Christdemokratie weitere Vorteile aus ihren starken Positionen in Italien und in der Bundesrepublik. Die mit der CDU verbundene Konrad-Adenauer-Stiftung und neustens auch die der CSU nahestehende Hanns-Seidel-Stiftung betreuen verschiedene Projekte mit dem klaren Ziel einer allgemeinen Stärkung der lateinamerikanischen Christdemokratie.

Liberal-radikale Tradition

Dennoch ist die jüngste Geschichte zahlreicher lateinamerikanischer Länder nicht von Sozialisten und Christdemokraten, sondern von der oftmals blutigen Auseinandersetzung zwischen Liberalen und Konservativen geprägt worden. Am eindruckvollsten hat dies wohl der kolumbianische Schriftsteller Gabriel García Márquez in seinem weltberühmten Roman «Hundert Jahre Einsamkeit» geschildert. Die Polarität von Konservativen und Liberal-Radikalen ist zwar verschiedentlich durch Militärdiktaturen und Revolutionen aufgebrochen worden, doch beherrscht sie nach wie vor die politische Szenerie in manchen Ländern.

Schwerpunkte der liberal-radikalen Bewegungen finden sich in Ecuador, Kolumbien und mehreren mittelamerikanischen Staaten sowie – in die Illegalität abgedrängt – in Argentinien, Uruguay und Paraguay. In Peru werden wesentliche Anliegen des Liberalismus durch die Acción Popular des früheren Präsidenten Fernando Belaunde Terry verfochten, die venezolanische Acción Democrática umfasst einen starken liberal-radikalen Flügel, und in Brasilien sammeln sich liberale Kräfte im Lager des oppositionellen MDB.

Bei allen offenkundigen Unterschieden, die ungeachtet gleichlautender Parteinamen bestehen, lassen sich leicht bemerkenswerte ideelle Gemeinsamkeiten zwischen den liberal-radikalen Bewegungen in Lateinamerika und dem westeuropäischen Liberalismus finden. So stehen beispielsweise die Partiprogramme der Liberalen in mehreren zentralamerikanischen Republiken den Kampfschriften des Schweizer Freisinns aus dem letzten Jahrhundert sehr nahe. Die elementarsten Bedingungen eines freiheitlichen Rechtsstaates fehlen in den meisten lateinamerikanischen Staaten, und der Liberalismus muss auf diesem Kontinent heute für Rechte kämpfen, die dank dem Sieg des Freisinns im 19. Jahrhundert feste Bestandteile der Schweizer Bundesverfassung geworden sind.

Liberale im Untergrund

Eine unkritische Beurteilung der Parteipolitik in Südamerika führt zu verhängnisvollen Fehleinschätzungen. So dürfen nicht alle Parteien, die sich

«liberal» nennen, auch dem Lager des demokratischen Liberalismus zuge-rechnet werden. In Nicaragua war der Partido Nacional Liberal die Front-organisation des Diktators Anastasio Somoza, und in Paraguay dient die offizielle Liberale Partei dem lebenslänglichen Präsidenten Alfredo Stroessner als demokratisches Feigenblatt.

Wer in Lateinamerika, wie übrigens auch in anderen Teilen der «Dritten Welt», politische Parteien nach euro-päischen Massstäben bewerten wollte, läuft Gefahr, ins Leere zu stossen. Koloniale Vergangenheit, soziale Missstände, wirtschaftliche Unterentwick-lung und politische Unbeständigkeit machen es von vornherein unmöglich, einen Staat wie Panama oder Kolum-bien nach denselben politischen Kri-terien zu beurteilen wie die Nieder-lande oder Frankreich. Dies zeigt sich bereits bei der inhaltlichen Bestim-mung der Menschenrechte. In Kolum-bien, wo rund ein Drittel der Bevöl-kerung in äusserster Armut lebt, oder in Peru, wo rund die Hälfte der Bewohner der Hauptstadt Lima in menschenunwürdigen Slumsiedlungen haust, lassen sich die Menschenrechte nicht auf die abstrakte Ebene der politischen Rechte beschränken. Neben die Meinungs- und Pressefrei-heit, neben Habeas Corpus muss gleichberechtigt das Recht auf Erzie-hung, auf angemessene Ernährung und Kleidung, sowie auf eine men-schenwürdige Behausung treten. Mar-xisten und Kommunisten geben vor, sozialen und wirtschaftlichen Fort-schritt nur um den Preis der Freiheit verwirklichen zu können, und dogma-tische Anhänger der Laisser-faire-Ideologie glauben, breitgestreuter

Wohlstand realisiere sich von selbst, wenn man nur die Wirtschaft sich in völliger Freiheit entfalten lasse.

Liberale in Entwicklungsländern wenden sich gegen beide Theorien. Sie stehen an der Spitze jener Kräfte, wel-che die gleichzeitige Verwirklichung der sozialen und der politischen Rechte anstreben. Im Vordergrund steht die Erkenntnis, dass es ohne politische Freiheit keine wirtscha-flichen Freiräume geben kann, dass aber auch ohne wirtschaftliche Frei-heit sich keine politische Freiheit ver-wirklichen lässt. Es gehört zum Wesen der in marktwirtschaftlichen Systemen angestrebten Freiheit des wirtschaf-tenden Individuums, dass sie nur im Rahmen einer demokratischen, frei-heitlichen Ordnung zum Wohle aller Mitglieder einer staatlichen Gemein-schaft eingesetzt werden kann. Und so ist es ebenso eindeutig, dass in all jenen Fällen, wo staatliche Kontrolle private Initiative aus dem Wirtschafts-leben verdrängt hat, über kurz oder lang auch die politische Freiheit des Individuums zugunsten von Pflichten gegenüber anonymen Kollektiven ab-geschafft wird.

In verschiedenen lateinamerikani-schen Staaten gehören die liberalen Kräfte, die sich für eine solche gleich-zeitige Verwirklichung politischer und sozialer Rechte einsetzen, zu den im Untergrund arbeitenden demokrat-i-schen Oppositions-Bewegungen. In Paraguay stellt die authentische Libe-ral-Radikale Partei unter Führung des populären Rechtsanwaltes Domingo Laino eine treibende Kraft innerhalb der demokratischen Opposition zur Diktatur Stroessner dar. Laino, der bereits mehrfach in Haft genommen und gefoltert wurde, ist erst vor kur-

zem erneut unter Verletzung jeglicher rechtsstaatlicher Normen von Stroessners Schergen verhaftet worden. Zum Direktorium der Liberal-Radikalen Partei, die sich mit Christdemokraten und Sozialdemokraten zur demokratischen Opposition gegen Stroessner verbunden hat, gehört auch die mutige Vorsitzende der paraguayischen Menschenrechts-Kommission Carmen de Lara Castro.

Auch in den beiden Nachbarstaaten Paraguays, in Uruguay und Argentinien sehen sich die Liberalen in die Illegalität abgedrängt. Die traditionsreiche Radikale Partei Argentiniens, der bei fair durchgeführten Wahlen gute Siegeschancen eingeräumt werden könnten, vereinigt zwei Strömungen, die sich ähnlich wie bei der venezolanischen Acción Democratica etwa gleichgewichtig in Liberale und Sozial-Demokraten unterteilen lassen. Innerhalb des herrschenden Militärregimes können zwar zwei Tendenzen ausgemacht werden, die sich als die «Gemässigten» um Staatschef Videla und die «Intransigenten» um General Viola umschreiben lassen, doch muss man sich bewusst sein, dass es sich beim Liberalismus, den der Wirtschaftsminister der Junta Martinez de Hoz vertritt, um reinen Wirtschaftsliberalismus handelt.

Die Zeiten, da Uruguay mit einer gewissen Berechtigung als die «Schweiz Lateinamerikas» bezeichnet wurde, scheinen einer fernen Vergangenheit zuzugehören. Und doch sind seit den letzten demokratischen Wahlen noch nicht einmal zehn Jahre verstrichen. Im Unterschied zum grossen Nachbarn Brasilien lassen sich in Uruguay kaum Zeichen einer politischen Liberalisierung erkennen. Im Ge-

spräch mit Wilson Ferreira Aldunate, dem im Londoner Exil lebenden ehemaligen Führer der Blanco-Partei, ergibt sich wenig Hoffnung, dass Uruguay in absehbarer Zeit aus dem Teufelskreis politisch motivierter Gewaltanwendung auszubrechen vermöge. Eine eigentliche Liberale Partei besteht nicht, in der Vergangenheit fanden sich liberal Gesinnte in den beiden grossen Parteien, hauptsächlich in der Colorado-Partei zusammen. Wie andere Diktaturen läuft Uruguay Gefahr, dass mit zunehmender Dauer des Militärregimes die Chancen einer Rückkehr zur freiheitlichen, pluralistischen Demokratie dahinschwinden.

Demokratische Öffnungen

Versprechungen der Militärs, die politische Gewalt an Zivilisten zurückzugeben, sind häufig. Die Geschichte Lateinamerikas ist reich an demokratischen Neubeginnen, die jedoch in den meisten Fällen nur kurze Zeit andauerten. Der Fall Boliviens mit seinen 190 Putschs seit Erlangung der Unabhängigkeit ist symptomatisch für das politische Klima Lateinamerikas. Es kann indessen nicht übersehen werden, dass die Menschenrechtspolitik Präsident Carters einige demokratische Aufhellungen am lateinamerikanischen Horizont herbeigeführt hat.

Erst vor kurzem ist Ecuador wieder ins Lager der Demokratien zurückgekehrt. Der unlängst gewählte Staatspräsident Jaime Roldos ist Populist mit christdemokratischer Ausrichtung. Die Liberal-Radikalen, obschon in der Vergangenheit eine starke politische Kraft in Ecuador, gingen aus den Wahlen als die grossen Verlierer her-

vor. Sie, die mit Galo Plaza nach dem Zweiten Weltkrieg den wohl berühmtesten Präsidenten dieser kleinen Andenrepublik stellten, sahen sich durch die Zersplitterung ihres Anhanges zur politischen Ohnmacht verurteilt. Heute teilen sich die Liberal-Radikale Partei von Raul Clemente Huerta, die Radikal-Demokraten unter Francisco Huerta und die Alfaristen, deren populärer Führer Abdon Calderon Munoz im letzten Jahr von den Schergen des Militärregimes ermordet wurde, in die liberalen Stimmen. Die Radikal-Demokraten sind eine Absplitterung der Liberal-Radikalen Partei Ecuadors, ihr Führer Francisco Huerta trat mit seinem ganzen Anhang aus dieser Partei aus, nachdem sie nicht ihn, sondern seinen Onkel zum Präsidentschaftskandidaten nominiert hatte.

Solche politische Kabale ist in Lateinamerikas Demokratien alltäglich und Ausdruck der Tatsache, dass hier die Parteien nicht so sehr als ideologische Einheiten oder als soziologisch genau definierbare Interessengruppierungen operieren, sondern in erster Linie als Plattformen für die politische Karriere charismatischer Führer gestalten dienen. Parteienzersplitterung und Rivalitäten zwischen Führungscliquen, die sich oft auch nicht scheuen, zur Verfolgung ihrer persönlichen Machtaspirationen mit der Offzierskamarilla gegen bestehende, demokratisch gewählte Regierungen zu konspirieren, gehören zu den wichtigsten Ursachen der politischen Instabilität der lateinamerikanischen Demokratien.

Europäische Linksparteien wie auch führende Exponenten der Sozialistischen Internationalen pflegen zwischen verwerflichen und salonfähigen,

d. h. «progressiven» Diktaturen zu unterscheiden. Zu letzteren gehören für sie die Militärregimes in Panama und Peru. Unter dem Druck der Vereinigten Staaten und im Interesse einer vorteilhaften Regelung der Verhandlungen um einen neuen Panama-Kanal-Vertrag, sah sich Panamas Militärdiktator Omar Torrijos veranlasst, eine Öffnung zur Demokratie einzuleiten. Panama, noch bis ins 20. Jahrhundert Teil Kolumbiens, wurde nach Erlangung der Unabhängigkeit wie sein südlicher Nachbar von den oft blutigen Rivalitäten zwischen Liberalen und Konservativen beherrscht. Auch vor dem Coup durch Torrijos gehörten die Liberalen zu den stärksten Parteien des Landes.

Nachdem die Militärregierung die Registrierung politischer Parteien seit Jahresfrist freigegeben hat, gelang es der Liberalen Partei trotz massiven Behinderungen durch Regierung und Bürokratie innerhalb weniger Wochen, die zur Registrierung benötigten 30 000 Unterschriften zu sammeln. Nach wie vor ist jedoch der politische Spielraum in Panama sehr eng begrenzt. Nicht nur befinden sich alle Medien unter Regierungskontrolle, auch nach den für nächstes Jahr angekündigten Teilerneuerungswahlen wird die Regierung die politische Macht unangefochten in ihrem Besitz halten.

Mit der Neu-Registrierung ihrer Partei haben die Liberalen auch einige wichtige Schritte in Richtung einer demokratischen Struktur der Partei unternommen. Die Partei, deren traditionelle Schwerpunkte bei der städtischen Mittelklasse, den freien Berufen und bei den Kleinbauern liegen, hat ihre Parteiorgane erweitert und ver-

mehrt auch Vertretern aus den Provinzen geöffnet sowie ein Statut verabschiedet, demzufolge Parteibeiträge nach oben auf maximal 1000 Dollars begrenzt werden. Dies ist ein wichtiger Bruch mit der Vergangenheit, als die Partei- und Wahlkampfkosten in der Regel von einigen wenigen reichen Individuen bestritten wurden, die – was auch in vielen anderen Ländern und Parteien Lateinamerikas der Fall ist – nach den Wahlen jeweils entsprechende Gegenleistungen für ihre Unterstützung einverlangten.

Die politische Landschaft Perus wurde und wird noch immer von den beiden populistischen Parteien APRA und Acción Popular bestimmt. Die APRA, deren legendärer Führer Haya de la Torre erst vor kurzem in hohem Alter gestorben ist, leidet gegenwärtig unter internen Flügel- und Führungskämpfen. Ihr politischer Kurs könnte mit sozialistisch bis sozial-demokatisch umschrieben werden. Sie steht in engem Kontakt zur Sozialistischen Internationalen, hat aber auch einen Flügel, der sich zu einer reformerisch-liberalen Politik bekennt.

Die Acción Popular hat erst in den letzten Monaten begonnen, sich von einer reinen Gefolgstruppe des populären ehemaligen Präsidenten Perus, Fernando Belaunde Terry, zu einer eigenständigen Partei zu entwickeln. Ihre ideologische Ausrichtung ist nach wie vor verschwommen und noch immer vom Populismus ihres Führers bestimmt. Im Gespräch entwickelte Belaunde ein Gesellschaftskonzept, das mit Rücksicht auf die gravierenden Probleme der wirtschaftlichen und sozialen Unterentwicklung Perus als liberal-progressiv bezeichnet werden kann. Nach Belaunde leidet Peru

heute in zweifacher Weise unter dem Militärregime. Zum einen haben die Militärs insbesondere unter dem 1975 in Pension geschickten General Juan Velasco Alvarado das Land an den Rand des wirtschaftlichen und finanziellen Ruins gebracht, zum andern setzt auch die gegenwärtige, etwas vernünftigere Regierung von General Bermudes Morales die repressive, elementare Menschenrechte verletzende Innenpolitik früherer Militärregimes fort.

Während die APRA sich gegenüber der Militärregierung in jüngster Zeit recht kooperativ verhalten hat, lehnt Belaundes Acción Popular jede Zusammenarbeit, die der Diktatur demokratische Scheinlegitimität verleiht kann, strikte ab. Die Öffnung Perus zur Demokratie wird nach Meinung führender liberaler Journalisten wie Enrique Zileri Gibson, Chefredakteur der von der Regierung mit Publikationsverbot belegten Zeitschrift «Caretas», nur von kurzer Dauer sein, falls es überhaupt in nächster Zukunft dazu kommen wird. In Peru kann heute die Militärregierung mittels Repression kritische Stimmen in der Presse zum Schweigen bringen, ohne von Seiten der westlichen Demokratien kritisiert zu werden. Zudem hat sich die internationale Finanzwelt und nicht zuletzt auch die Bundesrepublik, deren sozialdemokratischer Kanzler Peru im Sommer 1979 besuchte, gegenüber Peru sehr wohlwollend verhalten.

Kommt eine demokratisch gewählte Regierung an die Macht und setzt sie Grundrechte wie die Meinungs- und Pressefreiheit, Vereinsfreiheit und Streikrecht wieder in Kraft, so besteht die Gefahr, dass im Überschwange

des Freiheitsgefühls Kräfte der Opposition und der Obstruktion freigesetzt werden, die schon nach kurzer Zeit die innenpolitische Lage destabilisieren und zu vermehrter Politik der Strasse (Streiks, Proteste usw.) führen könnten. In Verbindung mit der schon jetzt prekären Wirtschaftslage könnte eine solche Entwicklung gerade auch innerhalb des liberalen Mittelstandes jenen Stimmen Auftrieb geben, die nach einer Politik der Stärke, der ruhigen Entwicklung und der nationalen Solidarität rufen, wohlwissend, dass dies beim politischen Temperament der Peruaner nur über den Weg einer erneuten Militärdiktatur möglich ist.

Modellfall Kolumbien?

Wer als Demokrat und erst noch als Liberaler auf die politische Landkarte Lateinamerikas schaut, unterliegt leicht der Versuchung, in Kolumbien einen Modellfall politischer Entwicklung auf diesem Kontinent zu sehen. Seit mehr als zwanzig Jahren fand in diesem Land kein Militär-Putsch mehr statt, die Menschen- und Bürgerrechte scheinen im allgemeinen geachtet zu werden, und nicht zuletzt stellt die traditionsreiche Liberale Partei schon zum dritten aufeinanderfolgenden Male den Präsidenten der Republik.

Näher betrachtet, sieht die politische Situation Kolumbiens doch etwas weniger rosig aus. Als Parteiführer Julio Cesar Turbay Ayala 1978 nach knapp gewonnenen Wahlen von seinem liberalen Vorgänger Lopez Michelsen die Präsidentschaft Kolumbiens übernahm, sahen zahlreiche

Liberale in ihm einen Mann der Partei- und Staatsreform. Inzwischen ist insbesondere bei der städtischen Mittelschicht und bei der studentischen Jugend Ernüchterung eingekehrt. Auch Kolumbien hat heute mit dem zunehmenden Problem politisch motivierter Gewaltanwendung zu kämpfen, in einzelnen Städten, auch in Bogotá, sind in der letzten Zeit verschiedene Stadtguerrilla-Gruppen aufgetaucht. Auf Drängen der Militärs sah sich Turbay Ayala zu ziemlich harten Massnahmen veranlasst, die nicht immer mit dem Respekt für die Grundfreiheiten der Bürger in Übereinstimmung gebracht werden konnten.

Die Liberale Partei Kolumbiens war nie ein in sich geschlossenes Gebilde. Die rivalisierenden Gruppen ziehen meist mit separaten liberalen Listen in den Wahlkampf, so auch bei den Provinzwahlen vom kommenden Frühjahr. In der Regel bilden sich unmittelbar nach den Präsidentschaftswahlen verschiedene Interessengruppierungen, deren Hauptzweck der Aufbau des nächsten liberalen Präsidentschaftskandidaten ist. Gegenwärtig stehen sich ein achtköpfiges Direktorium der Partei und eine parteiinterne Dissidentengruppe, die Gegner des gegenwärtigen liberalen Präsidenten Kolumbiens Julio Cesar Turbay Ayala vereinigt, gegenüber.

Kolumbiens Liberale verfügen wie die meisten lateinamerikanischen Parteien weder über eine demokratische Parteistruktur noch über einen eigentlichen Parteapparat. Es sind nicht aus der Mitte der Mitglieder bestellte Parteigremien, sondern lockere Interessenverbände, regionale Klientelen und temporäre Fraktionen, welche die

Politik der Liberalen Partei Kolumbiens bestimmen. Da die Verhältnisse bei der anderen grossen Partei Kolumbiens, den Konservativen, ähnlich liegen, kann die bei den letzten Wahlen erschreckend tiefe Wahlbeteiligung als Ausdruck einer wachsenden Entfremdung zwischen Bürgern und Parteipolitikern gesehen werden.

Es wäre jedoch unzutreffend, die innenpolitische Entwicklung Kolumbiens bloss unter negativen Vorzeichen zu schildern. Bei allen offensichtlichen Mängeln gibt das gegenwärtige System, seit 1958 bestehende nationale Allianz zwischen Konservativen und Liberalen dem Land die politische Stabilität, die den meisten lateinamerikanischen Staaten fehlt. Der Bürger Kolumbiens geniesst politische Rechte und Freiheiten, um die ihn Kubaner, Chilenen und Argentinier nur beneiden können. Die Gefahr besteht allerdings, dass die extremistische Subversion an Universitäten und in den Grossstädten Kolumbien auch ins Lager der Militärdiktaturen treiben könnte.

Liberale Strategie

Die Herstellung von Kontakten zwischen liberalen und radikalen Parteien in Lateinamerika und der Liberalen Welt-Union muss vor allem zwei Ziele anstreben. Zum einen geht es darum, eine lebensfähige und attraktive Alternative zur Militärdiktatur und zum marxistischen Totalitarismus zu entwickeln. Zum zweiten soll der Aufbau stabiler, demokratisch legitimierter Parteiorgane gefördert werden.

Die Abhängigkeit der Industrie-

nationen von den Rohstofflieferungen und Absatzmärkten der Entwicklungsländer ist mit der Erdöl-Versorgungskrise ins Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit eingedrungen. Weit weniger einsichtig scheint die Interdependenz im politischen Bereich zu sein. Das Lager der Demokratien ist sehr klein und steht gegenüber den Diktaturen in einer gefährlichen Minderheitsposition. Trotzdem fehlt es häufig an der Solidarität der Demokraten bei der Abwehr von Offensiven totalitärer Regimes. Während die Sowjetunion und ihre Satelliten gleichgesinnte Bewegungen und Regierungen in der «Dritten Welt» massiv unterstützen, nehmen die westlichen Demokratien die Unterwanderung oder gar Zerstörung demokratischer Regierungen in den Entwicklungsländern mit Gleichgültigkeit und Fatalismus hin. Es fehlt – ungeachtet aller bitteren Erfahrungen in der Vergangenheit – an der Erkenntnis, dass jeder Sturz eines demokratischen Regimes, wo auch immer er sich ereignet, eine Bedrohung für die Demokratie insgesamt ist. Der Kampf um die Zukunft der Demokratie wird heute auch und vor allem in Afrika, Lateinamerika und Asien ausgefochten.

Die Solidarität zwischen den Liberalen in Nord und Süd ist von besonderer Bedeutung für Lateinamerika. Dieser Kontinent befindet sich heute – einmal mehr – am Beginn einer Phase demokratischer Erneuerung. Die Zeichen sind in verschiedenen Staaten positiv, insbesondere in Brasilien, Peru, Ecuador, Venezuela, Kolumbien, Panama, Honduras, ja sogar Bolivien. Erste Kontakte mit liberalen und radikalen Parteien in Lateinamerika bestätigen dies, und es ist von

entscheidender Bedeutung, dass der Enthusiasmus für Demokratie und Liberalismus nicht einmal mehr durch das Zögern der westlichen Demokratien enttäuscht wird. Dabei geht es für die Liberale Welt-Union nicht nur darum, mit Liberalen zusammenzuarbeiten, die sich an der Macht oder in der legalen Opposition befinden. Überall dort, wo Diktaturen das politische Leben unterdrücken, müssen Beziehungen auch zu jenen liberalen Kräften aufgenommen werden, die in der Illegalität wirken müssen. Zu denken ist hier vor allem an einige zentralamerikanische Staaten, an Paraguay, Uruguay und Argentinien. Diese politische Arbeit ist dann von Erfolg

gekrönt, wenn es gelingt zu verhindern, dass beim revolutionären Sturz von Diktaturen die antide mokratischen Kräfte das Banner der «Freiheit» tragen und Staaten wie Kuba und die Sowjetunion als die Freunde der Befreier erscheinen. In der Geschichte Europas haben die Liberalen nie gezögert, mit Wort und Schrift, aber auch mit Waffengewalt die Fesseln der Tyrannei zu brechen. Sie sollten deshalb auch am besten in der Lage sein, in Lateinamerika und in anderen Teilen der «Dritten Welt» die Hilferufe unterdrückter Völker und die Stimme der Freiheit rechtzeitig wahrzunehmen.

Urs Schöttli

